

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

8.10.1923 (No. 233)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Verlagsamt
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
C. Amend,
Karlsruhe.

Wegpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 8.-13. Oktober 45 000 000 M. - Einzelnummer 8000 000 M. - Anzeigengebühren: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite...

Amtlicher Teil.

Die Reichsrichtzahl

\*\* Die Reichsrichtzahl, die der Berechnung von Unterfrühungen für Sozial- und Kleinrentner auf Grund der Berechnung vom 14. August 1923 zugrunde zu legen ist, beträgt nach dem Stand vom 1. Oktober 1923 = 40,4 Millionen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

\*\* Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage setzt sich noch immer weiter fort. Eine ständig wachsende Anzahl von Betrieben, die bisher noch mit Einschränkungen gearbeitet hatte, ist zu vollständiger Stilllegung gezwungen...

\* Das neue Kabinett Stresemann

Das erste Kabinett Stresemann wurde von der öffentlichen Meinung als ein starkes und aktionsfähiges Kabinett begrüßt. Es erwies sich sehr bald, daß es das nicht war. Dem neuen Kabinett Stresemann werden von derselben öffentlichen Meinung recht skeptische Horoskope gestellt.

Aber die Gründe der Kabinettskrise wird heute unter den vernünftigen Politikern nicht mehr gestritten. Es ist Tatsache, daß der Reichskanzler Stresemann von seiner eigenen Partei, der Deutschen Volkspartei, im Stich gelassen wurde, so daß mit Naturnotwendigkeit eine Krise entstehen mußte.

Innerpolitisch wird dieses Kabinett ganz sicher Bestand haben, wenn es gelingt, den rechten Flügel der Deutschen Volkspartei, der sich von der Phrasologie der äußersten Rechten abhängig gemacht hat, von gar zu extravagantem Streichen abzuhalten.

Wir leben in einer Zeit, die durch eine unerhörte Schnelligkeit des Geschehens gekennzeichnet ist. Da ist es dem Chronisten, wie der Bevölkerung selbst kaum möglich, ein Ereignis in seiner wahren und vollsten Bedeutung zu würdigen, weil eben bereits wieder andere wichtige Ereignisse die Eindrücke verschieben.

artige Dinge nicht für denkbar gehalten hätte. Erfreulich ist es übrigens, daß die meisten angesehenen Organe der Deutschen Volkspartei an der Katastrophenspolitik ihrer Fraktion heftig Kritik üben.

Stresemann hat sich bereits am Samstag mit seinem Kabinett, dem jetzt an Stelle Hilferdings Dr. Luther als Finanzminister und an Stelle Kaumers Dr. Koeth als Wirtschaftsminister angehört, dem Parlament vorgestellt.

Stresemann hat den Kreisen der Wirtschaft, die an allem herumzukritisieren haben und damit die Politik der Reichsregierung oft aufs bedenklichste erschweren, mit Recht vorgehalten, daß sie bisher wohl groß im Kritizieren und Verneinen, aber sehr klein in der praktischen Mitarbeit gewesen sind.

Unsere außenpolitische Lage hat Stresemann mit schonungsloser Offenherzigkeit charakterisiert. Er hat offen zugegeben, daß wir auf diesem Gebiet bisher noch keinen Erfolg errungen haben. Dennoch war die Aufgabe des passiven Widerstandes nötig.

Frankreich hat Stresemann nochmals zugernst, daß es ganz genau wisse, daß es jederzeit in der Lage wäre, von uns alle Einzelheiten über das von uns Angebotene zu hören, wenn es selbst nur dazu bereit wäre.

Mit erfreulicher Deutlichkeit hat sich Stresemann weiterhin gegen die ungeseligen Treibereien der äußersten Rechten und der äußersten Linken ausgesprochen und die Notwendigkeit der Verhängung des Ausnahmezustandes begründet.

Sehr scharf hat aber der Reichskanzler das unverantwortliche Treiben gewisser rechtsradikaler Kreise in Bayern an den Pranger gestellt. Und sehr gut war in diesem Zusammenhang sein Satz: „Wenn verbrecherische Naturen glauben, durch Auflehnung gegen den Staat und mit Gewalttaten den Staat überrennen zu können, so lehne ich es ab, darin etwa einennationalen Gedanken zu sehen.“

Auch was er dann zum Schluß über die finanziellen Verhältnisse sagte, bewegt sich durchaus auf einer Linie vernünftiger Notwendigkeiten und klarer Erkenntnisse. Als eine der wichtigsten Erkenntnisse verbuchen wir die, daß von jetzt ab die Länder in ihrer Finanzgebarung wieder selbständiger werden sollen.

Kommunistische Staatsstreichgelüste

Die Vorgänge am Oberrhein haben bei der badischen Bevölkerung lebhafteste Erregung hervorgerufen. Sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter bildeten, weil zum Schutze der öffentlichen Ordnung die Sicherheitspolizei Verwendung finden mußte, mit den Kommunisten eine „Einheitsfront“.

Die wirtschaftliche Not ist zweifelsohne der Untergrund allgemeiner Unzufriedenheit. Aber es heißt das politische Deutschland vollständig zusammenbrechen zu lassen, wenn man nicht erkennen mag oder will, wo denn der wirkliche Ausgangspunkt aller Nöte unserer Zeit zu suchen ist.

An den Folgen dieser Politik leidet nun Deutschland. Rechtsorientierte Kreise sowohl wie die Kommunisten haben sich gegen die Aufgabe des passiven Widerstandes ausgesprochen; wahrscheinlich erhofften sie von der Fortsetzung desselben eine immer stärkere Zerrüttung der deutschen Wirtschaft.

Die Vorgänge am Oberrhein sind ein Teilausschnitt dieser Bewegung; den Kommunisten ist hier, wie das ähnlich in Deutschland in den letzten Jahren verschiedentlich passiert ist, wider ihren Willen der Schutz zu früh losgegangen.

überall in den Fabriken verbreitet; in ihm ist die Aufforderung verankert, ihren Führern die Gefolgschaft zu versagen und als Richtlinien wurde in einer anderen Anweisung bekanntgegeben:

1. Die Hauptaufgabe der K.P.D. sei jetzt, die elementare Revolution zu einem Höchstmaß von politischem Bewußtsein und Organisiertheit zu bringen. Bei der starken organischen Kraft der Konterrevolution ist es unsere Pflicht, mit größter Kraftanstrengung unsere Kräfte im Proletariat zu mobilisieren.
2. Die Partei hat sich so einzustellen, daß der Sieg politisch und organisatorisch vorbereitet, den Kampf in allen Phasen zu leiten und wir die Staatsleitung in die Hand nehmen können.
3. Eines der wichtigsten Mittel ist der politische Massenstreik. Die letzte Entscheidung wird durch den bewaffneten Aufstand fallen, der sorgfältig vorbereitet sein muß in politischer, organisatorischer und technischer Art.
4. Die Partei muß ganz darauf eingestellt sein, daß wir in kürzester Frist im Interesse der Arbeiterklasse die Staatsleitung zu übernehmen haben und heißt es, sich vorbereiten organisatorisch und personell auf:
  - a) zur Übernahme der Gewerkschaften,
  - b) zur Übernahme des Staatsapparats und der Kommunen,
  - c) zur sozialistischen Umstellung und Leitung der Wirtschaft,
  - d) zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und anderen Lebensbedürfnissen.
5. Der Schwerpunkt im gegenwärtigen Augenblick ist die politische Aufklärung der Massen, in der Gewinnung der S.P.D. Arbeiterkraft für den vollständigen Bruch mit der Bourgeoisie, mit ihrer gegenwärtigen Führung, einerseits und andererseits in der Gewinnung der Mittelschichten und Aufklärung der S.P.D. Arbeiter über die Notwendigkeit dieses Bündnisses mit den Mittelschichten.
6. Die nächste Etappe der Partei ist, die Arbeiter- und Bauernregierung ins Auge zu fassen und alles zu tun, damit weite Teile des Proletariats die Notwendigkeit erkennen und bereit werden, dafür zu kämpfen.
7. Bei der Gewinnung der S.P.D. Arbeiter gilt es jetzt, in verstärktem Maße die Taktik der Einheitsfront „von unten“ sowie „von oben“ anzuwenden und die Massen von ihren Führern abzuwenden. Die Taktik muß je nach den lokalen Verhältnissen angewendet werden. Ständige persönliche Führung mit S.P.D. Arbeitern und Funktionären ist zu halten.

Als Plattform für die Einheitsfront gelten jetzt folgende Forderungen:

- Gemeinsamer Kampf gegen die Verfolgungen der K.P.D. und der Betriebsräte. Gemeinsame Erzwingung der Einstellung der Verfolgungen durch die Regierungsmitglieder der S.P.D.
- Legalisierung der Hundertschaften und schneller Ausbau derselben. Aufforderung an die S.P.D. Arbeiter, sich zu beteiligen. Ebenso die Kontrollausschüsse. Gemeinsamer legaler Ausbau der Betriebsräte und als nächste Etappe im Gefolge einer Massenaktion die politischen Arbeiterräte; ferner
- ein „Bund mit den Kleinbauern und ausgebeuteten Mittelschichten.
- Sachverteilung und Produktionskontrolle in konkreter Form propagieren.
- Bereitstellung der Betriebsräte, die stillgelegten Betriebe mit Hilfe von Staatskrediten selbst fortzuführen.
- Reichstagskongreß der revolutionären Betriebsräte mit Heranziehung der Kleinbauern und Vertretern der Mittelschichten.
- Im weiteren auch die politischen Arbeiterräte; ferner
- „Auflösung des Reichstages, Sturz der großen Koalitionsregierung und als die Koalition der ausgebeuteten Schichten, d. h. die Arbeiter- und Bauernregierung. Bündnis politisch, wirtschaftlich und militärisch mit Sowjetrußland.“

Es heißt dann weiter:  
„W. G. Weitere Informationen in Bezug wegen der Organisierung und Schaffung der notwendigen Kampforganisationen gehen Euch noch zu. Wir erwarten von den U.W.-Leitungen, jetzt alles zu mobilisieren und die Mitgliedschaft immer auf den Ernst der Lage“

In einem Zirkular der K.P.D. Wadens, das als eilig und wichtig ausgezeichnet ist und welches als vertraulich behandelt werden mußte, vom 10. September, wird mitgeteilt, die Entwicklung der Verhältnisse zwingt uns sofort in wenigen Tagen über unseren Bezirk einen Verbindungsdienst zu organisieren, der bei jeder Gelegenheit unbedingt zuverlässig ist. Wir verlangen deshalb von jeder Ortsgruppe, daß sie unverzüglich innerhalb der Ortsgruppe mit allem Nachdruck die Genossen bestimmt, welche für den notwendigen Kurierdienst in Frage kommen werden. Bei der Auswahl wurde besonders darauf geachtet, daß die Betreffenden zu jeder Tag- und Nachtzeit in Funktion treten können, daß sie ein Fahrrad besitzen usw. Unter keinen Umständen dürfe die Kurierlinie in einer Ortsgruppe unterbrochen werden. Man hat Auskunfts- und Abgabestellen geschaffen und für die Einteilung des Apparats folgendes Beispiel vertraulich bekanntgegeben: Kurierlinie Mannheim-Karlsruhe-Nastatt. Der Kurier von Mannheim wird zur Auskunftsstelle in Karlsruhe geschickt, der Genosse der Auskunftsstelle in Karlsruhe nimmt die Postkarte entgegen und ist verpflichtet, dieselbe auf dem schnellsten Wege zur Auskunftsstelle in Nastatt zu bringen usw.

## Das zweite Kabinett der großen Koalition

Stresemann über die innere und äußere Lage

Am Samstag mittag hat die Reichskabinettskonferenz dadurch ein Ende gefunden, daß ein neues, zweites Kabinett der großen Koalition gebildet wurde. Das Kabinett weist gegenüber dem ersten Kabinett Dr. Stresemann nur geringfügige Änderungen auf. Statt Dr. Gilsberg wurde Dr. Lutzger Finanzminister. Dr. h. c. Koeth hat das Wirtschaftsministerium übernommen. Koeth war nach dem Kriege Demobilisierungskommissar u. während des Krieges hat er zusammen mit Mathenau die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches verwaltet. Der Streit um die Arbeitszeit war bei den Einigungsverhandlungen der Koalitionsparteien zuletzt zurückgetreten. Größere Schwierigkeiten bereiteten die personellen Fragen. Bei den Vertretern der Wirtschaft hatte sich Stresemann Absagen geholt — er hat ihnen eine deutliche Antwort in seiner Reichstagsrede gegeben, so daß im wesentlichen nur eine Kabinettsumbildung zustandekam. Die Sozialdemokratie, die bisher vier Männer im Kabinett hatte, hat zunächst nur 3 Vertreter.

Raum war das Kabinett gebildet, als Reichskanzler Stresemann auch schon vor den Reichstag trat. Er sprach nur an wenige kurze Notizen sich haltend frei und gab einen Überblick über die innere und äußere Lage. Zur Verteidigung des parlamentarischen Systems führte er aus: Nicht das parlamentarische System habe versagt, sondern diejenigen, die es mißbrauchen, und vor allem diejenigen, die es kritisieren und schmähcn, um jedesmal der Verantwortung auszuweichen, wenn sie an sie herantritt. Offen sprach der Kanzler über die ernste außenpolitische Lage. Er gab zu, daß er bisher hier keinen positiven Erfolg hatte. Deutschland habe sich zu Verhandlungen mit der Gegenseite bereit erklärt, ohne das Echo zu finden, das erhofft wurde, es werde, das betonte der Kanzler ausdrücklich, der Versuch wiederholt, um endlich eine Antwort von Paris zu erhalten. Auch die Bereitschaft zu Reparationsleistungen über die Grenze des Versailler Vertrages hinaus bleibe bestehen. Wenn Herr Poincaré wirklich in seiner letzten Konferenz mit Baldwin erklärte, er denke nicht daran, die deutsche Souveränität anzutasten und deutsches Gebiet zu annektieren, so will ihm die Reichsregierung durch ihre Bemühungen Gelegenheit geben, die starken Zweifel zu beseitigen, denen bisher, dank der von den Besatzungsmächten an Rhein und Ruhr geübten Praxis, die Absichten des französischen Ministerpräsidenten nicht nur in Deutschland bezogen wurden. Im weiteren gab der Reichskanzler zur inneren Politik ein kurzes allgemeines Programm, wobei er die wichtigsten der schwebenden Fragen behandelte und u. a. auch eine große Reichsfinanzreform ankündigte.

### Deutscher Reichstag

W.L.B. Berlin, den 6. Oktober.

Beginn der Reichstagsitzung nachmittags 2 Uhr. Saal und Tribünen sind dicht besetzt.

Präsident Lobe teilt mit, daß die Schwierigkeiten, die zur Verzögerung der für Dienstag anberaumten Sitzung geführt haben, erst heute vormittag behoben worden seien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründen Kommunisten zwei Anträge auf Aufhebung der bayerischen Antikriegsbesetzung und auf Aufhebung der vom Reichswehrminister verfügten Nachrichtenzensur über Urrufen.

Präsident Lobe stellt das Einverständnis des Hauses damit fest, daß in den Anträgen berührten Fragen in der allgemeinen politischen Aussprache mitberaten werden.

Als der

### Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort nimmt, rufen die Kommunisten: „Die Kuffe für Sinnes spricht“. Der Reichskanzler erwiderte: „Ich kann versichern, daß Herr Sinnes mit der Neubildung dieses Kabinetts nichts zu tun hat.“

Dr. Stresemann stellte zunächst die Mitglieder seines Kabinetts vor und ging dann auf die Kritik ein, die die jüngste Regierungskrise gefunden hat. Der Verband der Eisen- und Stahlindustriellen hat geschrieben, der Parlamentarismus habe versagt. Ich frage zurück: „Hat nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich nicht dem Staate zur Verfügung stellte? (Lebhafte Zustimmung). Die Wirtschaft, die dem Parlament immer mangelnde Inanspruchnahme der sachmännischen Kräfte vorwarf, hat niemals ihre führenden Köpfe dem Staate zur Verfügung gestellt, die hätten zeigen können, wie man es besser macht. In der Presse sind die letzten Maßnahmen teilweise als eine Kapitulation vor den Forderungen bezeichnet worden. Es handelt sich aber um ein Ermächtigungsgesetz, für das die notwendige Zweidrittelmehrheit durch Verständigung gewonnen werden muß. Die uns aufgeworfene Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr ist von der deutschnationalen Presse zum Anlaß genommen worden, den Vorwurf zu erheben, die Regierung habe kapituliert. Das ist eine Verleumdung der Aufgabe dieses aus dem Volke erwachsenen und von der Regierung unterstützten Widerstandes. Die Herren von rechts, die selbst in der Machtpolitik die führende Kraft des Völklerlebens sehen, werden doch nicht glauben, daß die stärkste Militärmacht der Welt sich aus einem affumpierten Gebiet zurückzieht, wenn die Ökuvierten das zur Voraussetzung von Verhandlungen machen. (Sehr gut). Es wäre vielleicht günstiger gewesen, wenn der passive Widerstand auf der Höhe seines Erfolges aufgehört worden wäre. Lord Curzon hat in seiner jüngsten Rede angedeutet, das Deutschland dann bessere Bedingungen erreichen konnte. Wir haben keineswegs bei den Vertretern des besetzten Gebietes die Hoffnung erweckt, daß wir mit der Aufgabe des passiven Widerstandes etwas von Frankreich erreichen könnten. Der Widerstand mußte aufgegeben werden, nicht Herrn Poincaré zuliebe, sondern weil wir ihn nicht länger durchzuführen konnten ohne zur finanziellen Zerrützung zu kommen. Eine Festung übergeben, weil der letzte Probiert ausgegangen ist, das ist etwas, dessen sich kein nationaler Mann zu schämen braucht. (Lebhafte Zustimmung). Wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt, ich gehöre vor den Staatsgerichtshof, so erkläre ich mich gern bereit, vor dem Staatsgerichtshof meine Handlungen zu verteidigen. Der Punkt, die unvermeidliche Aufhebung des passiven Widerstandes verantwortlich auf sich zu nehmen, ist vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen vorgegangen wird. (Lebhafte Zustimmung). Bei uns fehlt der Mut zur Verantwortung. Das zeigt sich am deutlichsten beim Verhalten der Wirtschaftskräfte bei der Bildung von Regierungen. (Lebhafte Zustimmung). Wenn jetzt der passive Widerstand an der realen Macht gescheitert ist, so ist damit nicht bewiesen, daß das System falsch war. Diese Idee leuchtet weiter. Sie hat gezeigt, daß diejenigen die Welt belogen haben, die behaupteten, die rheinische Bevölkerung und die Arbeiterklasse würden die Franzosen freudig empfangen. Sie hat gezeigt, daß am Rhein ein Volk wohnt, das in Treue und Liebe in Not und Glend zu seinem deutschen Volke steht. (Stürmischer Beifall). Wir danken besonders den Schutzpolizeibeamten, die in Düsseldorf unter großen Gefahren ihre Pflicht erfüllt haben. (Lebhafte Zustimmung).

Der Kanzler erwiderte dann die Nichtbeantwortung der deutschen Angebote durch die Entente und betonte, Deutschland habe seinen guten Willen genug bewiesen. Jetzt müsse von Frankreich der Beweis erbracht werden, daß es tatsächlich nicht auf Annektionen ausgeht. (Lebhafte Zustimmung). Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser der Geist in diesem Lande, das ist und bleibt bestehen! (Lebhafte Zustimmung). In dieser Zeit der nationalen Erregung, die verständlich ist, kann es nicht gebildet werden, daß umstürzlerische Tendenzen das Reich von innen erschüttern. Jetzt ist es unverantwortlich, Verfassungsfragen, Parteifragen und taktische Fragen aufzurollen, das Volk mit Aufrufen zu überschütten und Unruhen herbeizurufen. Die von der Reichsregierung verfügte Verhängung des Ausnahmezustandes war keineswegs ein Versuch der Regierung, ihre Position innerpolitisch zu verbessern. Die bayerische Regierung hat zur Verhängung des Ausnahmezustandes schreiten müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten: Er kapituliert vor Kahr wie vor Poincaré!). (Präsident Lobe erhebt sich). Ich glaube, die Bewegung in Bayern, die mit dem Marsch auf Berlin droht, hat durchaus die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes ergeben. (Zurufe bei den Kommunisten: Es geht doch nur gegen die Arbeiter! Abg. Kemmele (Komm.) wird wegen des Rufes „Verlogenheit“ zur Ordnung gerufen). Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Das gilt auch für den vom Reiche verhängten Ausnahmezustand. Wir würdigen die besondere Lage in Bayern und hoffen, daß es uns gelingen wird, bei dem Nebeneinanderbestehen der beiden Verordnungen das Recht des Reiches zu schützen, wie es unsere Aufgabe ist. (Rufe links: Die glatte Kapitulation vor Bayern!). Wir müssen der Füglosigkeit ein Ende machen, mit der die Autorität des Reichspräsidenten und der Regierung ständig untergraben wird. Welche Parteien an der Regierung sind, das ist eine Episode. Aber ob das deutsche Reich bleibt, das ist eine Epoche der Geschichte.

Die Reichswehr, welche bei der Niederschlagung des Kuffiner Putsch ihre Zuverlässigkeit so glänzend bewiesen hat, muß aus dem politischen Kampfe ausgeschaltet werden, wie wir auch verlangen, daß sie sich von der Politik fernhält. Die Reichswehr ist nicht das Instrument bestimmter Parteien. (Widerspruch bei den Kommunisten). Es muß aufs schärfste beurteilt werden, wenn der Rändner „Völkische Beobachter“ die nationale Gefinnung des Chefs der Heeresleitung, des Generals v. Seekt, zu verächtlichen wagt. (Lebhafte Zustimmung). Es kann auch nicht angehen, daß einzelne Stände für sich Steuererleichterungen verlangen, denn die Härte der Steuern trifft alle Stände gleichmäßig und besondere Härten werden gesehlich gemildert. Wir müssen eine grundlegende Änderung des steuerlichen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Kommunen schaffen. Die Länder müssen für ihre Ausgaben selbst die Verantwortung tragen und daher brauchen sie auch eigene Steuerquellen. Dabei muß eine Einschränkung der Ausgaben vor sich gehen. Es dürfte kein Gesetz verabschiedet werden, das neue Belastungen bringt, keine neuen Verbindlichkeiten und Beamtenstellen geschaffen werden. Wir brauchen einen Abbau der alten Gesehe und der Verwaltung.

Die Frage der Währungsform, an der wir eifrig arbeiten, werde ihre vollkommene Lösung erst finden mit der Gestaltung der Wirtschaft selber. Wir wollen die Wehrmacht des Reiches (Lachen bei den Kommunisten) und ein Einsetzen in die Preisbildung, die bei uns unerträgliche Formen angenommen hat. (Beifall links). Es geht nicht länger an, daß durch die Subskate, Kartelle und Preisventionen die Stärke unserer Wirtschaft zerstört werden, die uns einst den Weltmarkt erobert haben. Andererseits richten wir an die Arbeiter, Angestellten und Beamten den Appell zur Wehrleistung, sei es im Wege freier Vereinbarung, sei es nötigenfalls durch behördliche Anordnung. (Lachen bei den Kommunisten). Wir können derartige Maßnahmen, die die Not der Zeit erfordern, nicht mit dem jetzigen parlamentarischen Apparat erlangen. (Abg. v. Gräfe (deutschvölkisch): Vort, hört!) Herr v. Gräfe, Sie haben so oft die illegale Diktatur gefordert, daß Sie wenigstens nichts gegen die legale Diktatur sagen dürfen. (Lebhafte Zustimmung). Rufe bei den Kommunisten: Sie wollen mit dem Belagerungsanzustand gegen die Arbeiter regieren! Es liegt an Ihnen (zu den Kommunisten), ob der Belagerungsanzustand gegen Sie angewendet wird. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Sie ist die Kasse aus dem Saal! Seuchler! Der Abg. Kemmele erhebt wegen des Rufes „Seuchler“ den zweiten Ordnungsruf). Der Ausnahmezustand ist verhängt gegen die subversiven Tendenzen, die das Reich gefährden und wird gegen sie mit aller Schärfe angewendet werden.

Präsident Lobe stellte dann den Vorschlag zur Diskussion, die Aussprache am Montag mittag 2 Uhr zu beginnen. Die Abgeordneten Bark (Komm.) und v. Gräfe (deutschvölkisch) verlangen unter großer Unruhe die sofortige Aussprache. Die Aussprache wird nach 4 Uhr am Montag mittag 12 Uhr vertagt.

## Politische Neuigkeiten

### Wieder Sonntagreden Poincarés

Poincaré hielt am Sonntag zwei Reden. In Ligny-en-Barrois hielt er die französische Darstellung der blutigen Vorgänge in Düsseldorf aufrecht, trotz des längst erbrachten Gegenbeweises nicht nur durch die amtlichen deutschen Feststellungen, sondern auch durch die Berichte englischer Korrespondenten. Dann kam er auf die Ruhestfrage im allgemeinen und auf die Rede Lord Curzons zu sprechen und führte aus: Wir werden fortfahren, Bürgschaften für unsere Sicherheit und für die Reparationszahlungen zu verlangen. Wir werden erst präzise Vor schläge entgegennehmen, wenn wir an Ort und Stelle feststellen haben, daß der Widerstand aufgehört hat und daß die uns geschuldeten Sachlieferungen wieder einen normalen Verlauf genommen haben. Die Publizisten, die in England eine demnächst erfolgende Änderung der öffentlichen Meinung in Frankreich erhoffen, täuschen sich schwer. Gewisse Freunde sagen uns: Ihr habt unrecht, auch an den Versailler Vertrag zu klammern, er ist unausführbar. Warum sollen wir nicht antworten: „Wenn er unausführbar ist, weshalb habt ihr ihn unterzeichnet?“ Was schlagen uns diejenigen vor, die uns kritisieren? „In letzter Linie immer eine Herabsetzung unserer Forderungen.“ Man sagt, daß Deutschland nicht bezahlen könne, was es schulde, und gibt nicht zu, daß wir durch die Ruhestbesetzung ein gutes Mittel in Händen haben, um und bezahlt zu machen. Gätten wir das Ruhrgebiet nicht besetzt, so würden wir heute mit leeren Händen dastehen. So bedeutungsvoll übrigens auch die Reparationsfrage sei, so sei sie nicht der einzige Gegenstand, den Frankreich und England miteinander gemeinsam zu behandeln haben. Hoffen wir, daß die Regelung, die uns am meisten interessiert, die Bezahlung unserer Schäden und die Liquidierung der alliierten Schulden, bald durch gemeinsame gute Absichten glücklich gelöst werden können. Keine Nation hat den aufrichtigeren Wunsch danach als Frankreich.

In einer Rede in Pierrefitte-Mire sagte Poincaré: Es gibt einige Männer in Frankreich, die erst schweigen und die

Arme freuzen werden an dem Tage, an dem Deutschland die Spuren vernichtet haben wird, die seine Anwesenheit und seine Verbundenheit (1) in zehn französischen Departements zurückgelassen haben. Im übrigen griff Poincaré Lloyd George heftig an, indem er sagte, es sehe ehemaligen alliierten Ministern frei, periodisch die französische Politik in wöchentlichen Artikeln zu verurteilen. Es sehe diesem irreführenden Freunde frei, die Worte deplaziert zu finden, die die grausame Prügelung ihm, Poincaré, täglich aufzwinge.

Eine Antwort auf die Ausführungen Stresemanns im Reichstag war in den beiden Reden nicht enthalten. Zur Umbildung des Ministeriums Stresemann schreibt der Pariser "Matin":

Der Streik der Besiegten ist beendet, das hat der Reichskanzler mit einem gewissen Mut verkündet. Zum ersten Mal seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles beugte die Vernunft in Berlin. Volksparteiler und Sozialisten beugten sich vor den Interessen ihres Landes. Es springt in die Augen, daß die elementarste Klugheit nunmehr ganz Deutschland anempfiehlt, sich wie Stinnes, Krupp, Voegler und Klöckner mit den Tatsachen abzufinden. Der Reichskanzler scheint beabsichtigt zu haben, daß man jetzt zwischen der Reparationszahlung und der Auflösung Deutschlands wählen müsse. — Der "Gaulois" sagt, die Rede Stresemanns entbehere weder der Geschicklichkeit noch des Mutes; sie sei deshalb geschickt, weil sie gegenüber Frankreich eine unendlich gemäßigtere Sprache führe, als Curzon sie angewendet habe. Unglücklicherweise bleibe er dabei, beweisen zu wollen, daß die deutschen Vorschläge vom 7. Juni eine annehmbare Diskussionsbasis seien. Der gute Wille Frankreichs hänge von dem guten deutschen Willen ab. — "Deux" spricht von den beiden Hauptforderungen, die innerhalb 24 Stunden durch Curzon und Stresemann an die französische Regierung ergangen seien. Es möge ihre Wünsche und ihre Ansprüche abgeklärt werden. Es scheint nicht, daß der Quai d'Orsay geneigt wäre, Stresemann und Curzon zu antworten. Inzwischen aber beanträge man sich damit, Maßnahmen zu ergreifen, um das Ruhrgebiet auszunutzen, eine Operation, die nach dem Einverständnis Poincarés nur zu unbedeutenden Resultaten führen könne. Was die Reparationszahlungen anbetreffe, so scheint es, daß niemand mehr wane, auch nur davon zu sprechen, was schließlich noch ein schlechtes Mittel sei, sie zu erlangen.

### Stinnes bei Degoutte

Die Habasagentur bestätigt eine Nachricht, daß General Degoutte die Industriellen Stinnes, Klöckner, Bögler und den Bergwerksdirektor von Belsen empfangen hat. Im Laufe der Unterredung seien die Bedingungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiederherstellung eines provisorischen Rohaus über die Sachlieferungen durchgesprochen worden. — Nach Berliner Wänter haben die Industriellen sich nicht, wie behauptet wird, zuvor mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt, sondern auf eigene Verantwortung gehandelt.

Wie Habas aus Düsseldorf berichtet, wird in den Gruben allgemein die Arbeit wieder aufgenommen. Auch zahlreiche Arbeiter seien schon wieder in Tätigkeit gesetzt worden. In Niederrhein seien auf den Gruben in Übereinkunft mit der Regierung die französischen Truppen zurückgezogen worden.

Die französische Pressepropaganda bezeichnet die Nachricht des Wolffischen Büros, daß ein Adjutant des Generals Degoutte in Düsseldorf eine Abordnung der Gewerkschaften empfangen und ihnen gegenüber für die Wiederaufnahme der Arbeit sechs schwere Bedingungen, darunter die Abschaffung der Betriebsräte und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gestellt habe, als falsch. Im Ruhrgebiet ist nicht bekannt, worauf die Meldung des Wolffbüros zurückzuführen ist; es muß aber erwähnt werden, daß der sachliche Inhalt der dem General Degoutte zugeschriebenen Bedingungen nach allen Erfahrungen der jüngsten Zeit in Gewerkschaftskreisen durchaus glaubhaft erscheinen war.

Der Pariser "Temps" teilt mit, daß die Formel des Treuebundes, die von den Eisenbahnern der besetzten Gebiete gefordert wird, abgeändert worden sei und jetzt keinen politischen, sondern rein beruflichen Charakter habe. Eine entsprechende Anzeige werde auf allen Bahnhöfen der besetzten Gebiete angeschlagen werden.

### Die künftige Brotverjorgung

Der Reichstag nahm am Freitag wichtige Änderungen an dem Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotverjorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 vor. Auf Antrag Preußens wurde die Brotgetreideverjorgung von 2 1/2 Millionen auf 3 1/2 Millionen Tonnen erhöht. Übernahmungskommunalverbänden kann die Verpflichtung auferlegt werden, bestimmte Mengen Brotgetreide

abzuliefern; zur Durchführung dieser Ablieferungsverpflichtung kann die Reichsregierung das Umlaufverfahren wieder einführen. Abgesehen von Gebieten mit besonderen Verhältnissen erlischt danach die Markenbrotverjorgung mit dem 15. Oktober. Es folgt eine Bestrafung wegen Verfüterung von Getreide, so muß das nachweislich mit Brotgetreide gefütterte Vieh eingezogen und der Erlös aus diesem Vieh zur Brotverbilligung verwendet werden.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Nach dem Entwurf der Reichsregierung und der zu ihm gefaßten Beschlüssen des Reichstags bleibt es dabei, daß die Markenbrotverjorgung ab 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotverjorgung kommt, gibt der Entwurf die Möglichkeit, daß die Reichsgetreidestelle Kommunalverbänden, in denen etwa Schwierigkeiten auftreten könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm der täglich für den Kopf der bisher vorzunehmenden Bevölkerung erforderlichen Menge hinaus liefern. Den Abzug dieses Getreides und des daraus gemahlten Mehles wird der Kommunalverband überwaachen.

### Sahr über seine Politik

Generalschaftskommissar v. Sahr wandte sich bei einem Empfang von Vertretern der auswärtigen Presse gegen die Gerüchte, die über Bayern zur Zeit im Ausland verbreitet worden seien. Seine Politik erstreckt vor allem die Vernichtung der Rüge von der Alleinverantwortung Deutschlands am Weltkrieg und die Erhaltung der Staatsautorität. Er wolle die nationalen Kräfte, die sich dem Staatsganzen unterordnen wollten, zusammenfassen. Starke Einzelstaaten seien in Voraussetzung für ein starkes, gesundes Reich. Separationspolitik werde in Bayern nicht getrieben werden, er wünsche aber eine Verfassung im Bismarckschen Sinne. Das habe aber mit Separation gar nichts zu tun. Das deutsche Volk sei heute eine Notgemeinschaft, der sich auch Bayern nicht entziehen wolle. Bayern sei durch zahllose wirtschaftliche und geschichtliche Bande mit den übrigen deutschen Stämmen verbunden. Die Frage der Errichtung einer Monarchie trete heute gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes zurück, er sage das im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß das bayerische Volk in einem überwiegenden Teile monarchistisch gesinnt ist. Gegenüber den Gerüchten, daß der Generalschaftskommissar die Ausrufung der Monarchie in Bayern begünstige, erklärte v. Sahr schließlich nochmals, daß er keine Abenteuerpolitik treiben werde.

Die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion veröffentlichte einen Aufruf, der betont, daß der Ausnahmestand sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richte. Man habe deren Abwehrorganisationen aufgelöst, während die Verbände derer, die den Bürgerkrieg heraufbeschworen und die Verfassung bedrohen, bestehen blieben. Das auch für einen Ausnahmezustand garantierte volle Koalitionsrecht sei durch ein Streikverbot genommen worden. Die Parteigliederungen werden trotzdem ermahnt, nicht zu verzeihen, daß der Feind noch im deutschen Lande stehe und die Arbeiterkammern in der Pfalz, am Rhein und an der Ruhr noch die Macht hielten. Für die Sozialdemokraten liege über dem parteipolitischen Kampf das Wohl des ganzen Vaterlandes und die Einheit des Reiches. Deshalb sollte sich niemand provozieren lassen. Die Geschicklichkeit des Handelns werde die Segner der Sozialdemokratie töten.

### Kurze Nachrichten

Sächsisch-thüringische Verhandlungen. Nach Meldungen eines Berliner Montagblattes hat am Sonntag in Leipzig eine Konferenz des sächsischen Ministeriums mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Frölich stattgefunden, in der eine Annäherung der von den Kommunisten in ihren Bedingungen zum Regierungseintritt geforderten "Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den am nachstehenden bayerischen "Fazismus" besprochen wurde. Es sei volle Einigkeit über ein Zusammengehen der beiden Staaten herbeigeführt worden.

Nach einer amtlichen sächsischen Mitteilung ist Aussicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in die neue Regierung in den nächsten Tagen erfolgen wird. Die Kommunisten würden das Arbeits- und das Kultusministerium besetzen.

Das Goldzollaufgeld beträgt vom 10.—12. Oktober einschließlich 13 899 999 900 vom Hundert (eine Goldzollmark gleich 137 000 000 Papiermark).

Die Buchhandelsumschlagzahl beträgt ab 8. Oktober 100 Millionen.

Mannheim. T.924 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 5 wurde heute die Firma Weidendeck & Co. in Mannheim, P.B.20, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist am 24. August 1923 feigelegt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Konditorwaren und einschlägigen Waren aller Art sowie die Herstellung von Spezialkonditorwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen oder solche zu erwerben, einschlägige Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Stammkapital beträgt 50 000 000 Mark. Konditor Carl Hartmann u. Kaufmann Eduard Remec, beide in Mannheim, sind als Geschäftsführer bestellt. Jeder der beiden hat das Recht, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1928. Er wird stillschweigend jeweils auf ein Jahr erneuert, wenn er nicht mit halbjähriger Kündigungsfrist seitens eines der Gesellschafter gelündigt wird. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht S.-G. 4.

Mannheim. T.925 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 4 wurde heute die Firma Hartmann & Co. in Mannheim, P.B.20, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist am 24. August 1923 feigelegt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Konditorwaren und einschlägigen Waren aller Art sowie die Herstellung von Spezialkonditorwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen oder solche zu erwerben, einschlägige Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Stammkapital beträgt 50 000 000 Mark. Konditor Carl Hartmann u. Kaufmann Eduard Remec, beide in Mannheim, sind als Geschäftsführer bestellt. Jeder der beiden hat das Recht, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1928. Er wird stillschweigend jeweils auf ein Jahr erneuert, wenn er nicht mit halbjähriger Kündigungsfrist seitens eines der Gesellschafter gelündigt wird. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht S.-G. 4.

Mannheim. T.926 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 3 wurde heute die Firma Weidendeck & Co. in Mannheim, P.B.20, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist am 24. August 1923 feigelegt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Konditorwaren und einschlägigen Waren aller Art sowie die Herstellung von Spezialkonditorwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen oder solche zu erwerben, einschlägige Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Stammkapital beträgt 50 000 000 Mark. Konditor Carl Hartmann u. Kaufmann Eduard Remec, beide in Mannheim, sind als Geschäftsführer bestellt. Jeder der beiden hat das Recht, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1928. Er wird stillschweigend jeweils auf ein Jahr erneuert, wenn er nicht mit halbjähriger Kündigungsfrist seitens eines der Gesellschafter gelündigt wird. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht S.-G. 4.

Mannheim. T.927 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 2 wurde heute die Firma Weidendeck & Co. in Mannheim, P.B.20, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist am 24. August 1923 feigelegt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Konditorwaren und einschlägigen Waren aller Art sowie die Herstellung von Spezialkonditorwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen oder solche zu erwerben, einschlägige Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Stammkapital beträgt 50 000 000 Mark. Konditor Carl Hartmann u. Kaufmann Eduard Remec, beide in Mannheim, sind als Geschäftsführer bestellt. Jeder der beiden hat das Recht, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1928. Er wird stillschweigend jeweils auf ein Jahr erneuert, wenn er nicht mit halbjähriger Kündigungsfrist seitens eines der Gesellschafter gelündigt wird. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht S.-G. 4.

Mannheim. T.928 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 1 wurde heute die Firma Weidendeck & Co. in Mannheim, P.B.20, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist am 24. August 1923 feigelegt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Konditorwaren und einschlägigen Waren aller Art sowie die Herstellung von Spezialkonditorwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen oder solche zu erwerben, einschlägige Vertretungen zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Stammkapital beträgt 50 000 000 Mark. Konditor Carl Hartmann u. Kaufmann Eduard Remec, beide in Mannheim, sind als Geschäftsführer bestellt. Jeder der beiden hat das Recht, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1928. Er wird stillschweigend jeweils auf ein Jahr erneuert, wenn er nicht mit halbjähriger Kündigungsfrist seitens eines der Gesellschafter gelündigt wird. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 13. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht S.-G. 4.

Mannheim. T.929 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 49, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.930 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 48, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.931 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 47, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.932 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 46, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.933 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 45, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.934 Zum Handelsregister B Bd. XXVII O.-Z. 44, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 8. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 55 Millionenfachen Betrage des Nennwertes.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Die Technische Woche in Karlsruhe

Die aus Anlaß der diesjährigen Karlsruher Herbstwoche von der Landesvereinigung technischer Vereine Badens in Verbindung mit Professoren der Karlsruher Technischen Hochschule veranstaltete Technische Woche wurde am Samstag abend im großen Rathsaal an Stelle des verhinderten Kultusministers Dr. Hellpach durch das Mitglied des Ehrenausschusses Ministerialdirektor Dr. Ing. Fuchs eröffnet.

Dr. Fuchs ging auf die Vorwürfe gegen die Technik ein, daß sie das Leben mechanisiert, die soziale Lage kompliziert und die Kräfte furchtbarer gemacht habe und führte dazu aus, daß die Technik als solche weder gut, noch böse sei, sondern alles hänge von dem Geiste ab, der sie leite. Die Technik könne zum höchsten Glück der Menschheit führen, wenn ein guter Geist sie zu seiner himmlischen Macht erkläre. Sie habe beigetragen zur Vernichtung schlimmer Krankheiten; sie habe die Güter der Menschheit vermehrt, so daß heute auch weite Kreise der Bevölkerung Kulturgenüße genießen können, die in früheren Zeiten nur der eine oder andere sich zu leisten vermochte. Im guten Geiste wollen wir die Technik aufpassen als einen Ausfluß unseres inneren Wesens und Seins. Die Technik müsse erhalten bleiben. Sie entspreche unserem Wesen und sei eine Notwendigkeit für jeden Wiederaufbau.

Das Programm der technischen Woche sieht u. a. eine größere Anzahl hochinteressanter Vorträge vor. Der erste, den Regierungsbaurat Roth unmittelbar im Anschluß an die Eröffnung hielt, hatte als Thema die drei Begriffe: Technik — Wirtschaft — Weltanschauung zur Grundlage. Roth gab folgende Erklärung: Technik ist die planmäßige Anwendung von Mitteln zur Erzielung eines gewissen Zweckes oder einer beabsichtigten Wirkung. Technik ist ein Wirtschaften, ein Handeln nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit oder: Technik ist Wirtschaft, eine gewisse Art der Wirtschaft. Viel Anlaß fanden auch seine Erörterungen der Begriffe "materielle Ökonomie", "Ökonomie der Kräfte". Die moderne Wissenschaft kennt auch eine Arbeitswissenschaft. Heute genügen nämlich Mathematik und Naturwissenschaft nicht mehr, um das Wesen der Technik genau erkennen zu können. Technik und Kultur sind eine Fortsetzung der Natur durch den Menschen; Natur ist unbedachte, Technik bewachte Gestaltung der Materie. Der Techniker ist nicht der nur Materielle, sondern er ist der reine Idealist, wenn er seinen Beruf richtig auffaßt. Wir glauben daran, schloß der Redner, daß trotz allem das deutsche Volk berufen ist, den idealen Gedanken in der Welt zur Geltung zu bringen.

Am Sonntag vormittag folgte im großen Rathsaal die Landestagung der Landesvereinigung der technischen Verbände Badens. Der erste Vorsitzende, Bauinspektor Stadtverordneter Heingelmann von Karlsruhe erstattete den Geschäftsbericht. In der Aussprache wurde von allen Seiten auf die große Aufgabe hingewiesen, die gerade den Techniker beim Wiederaufbau erwartete. Einen breiten Raum nahm ferner die Frage der Vorbildung der Techniker in Anspruch. Die Vorstandswahl erbrachte die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Bauinspektor Heingelmann. Der Posten des zweiten Vorsitzenden soll mit einem akademisch gebildeten Techniker besetzt werden und zwar ermächtigte die Versammlung den Vorstand, einen geeigneten Mann dafür auszusuchen und mit dem Amt zu betrauen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

|            | 8. Oktober    | Bank, Berlin Kurs u. S. D. D. | Preis                      |
|------------|---------------|-------------------------------|----------------------------|
| Amsterdam  | 336 500 000   | 235 910 000                   | 236 590 000. <sup>10</sup> |
| Kopenhagen | —             | 105 375 000                   | 106 265 000. <sup>10</sup> |
| Italien    | —             | 26 733 000                    | 26 867 000. <sup>10</sup>  |
| London     | 3 900 000 000 | 2723 175 000                  | 2726 825 000.              |
| Newyork    | 855 000 000   | 598 500 000                   | 601 500 000. <sup>6</sup>  |
| Paris      | 50 500 000    | 35 312 500                    | 35 485 500. <sup>6</sup>   |
| Schweiz    | 133 250 000   | 107 131 500                   | 107 668 500. <sup>10</sup> |
| Prag       | 25 250 000    | 17 735 500                    | 17 844 500. <sup>12</sup>  |

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Man haben alle Aktien übernommen. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind Rechtsanwalt Dr. Franz Rosenfeld, Mannheim, Fabrikant, Robert Diehl, Heidelberg, und Fabrikant August Kros, Mannheim. Von den nach der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie der Beschlüssen kann bei dem Gericht, von dem Prüfungsbericht der Vorjoren auch bei der Handelskammer Mannheim Einsicht genommen werden.

Mannheim. T.929 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 49, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.930 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 48, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.931 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 47, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.932 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 46, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.933 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 45, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.934 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 44, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.935 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 43, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.936 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 42, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.937 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 41, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.938 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 40, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.939 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 39, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.940 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 38, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Mannheim. T.941 Zum Handelsregister B Bd. XXII O.-Z. 37, Firma "Flügel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Firma ist erloschen.

